FORUM MIGRATION 8/2007

DGB BILDUNGSWERK

INHALT AUGUST 2007

SEITE 1
MASSNAHMENPLAN BESCHLOSSEN
2. Integrationsgipfel im Kanzleramt
PARTIZIPATION STATT AUSGRENZUNG
Annelie Buntenbach zum Integrationsgipfel

SEITE 2
ZAHLENWERK
Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus
BAMF ZUM THEMA INTEGRATION
Neue Internetseite des BAMF
GEGEN WIDERSPRÜCHLICHES HANDELN
Verbände protestieren beim Integrationsgipfel

SEITE 3
8,7 MILLIONEN VIELSPRACHIGE EINTRÄGE
Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie
DER BLICK VON DRAUSSEN
Die Neue Zürcher Zeitung zum Ehegattennachzug
BLICK NACH VORN
Sebastian Edathy für kommunales Wahlrecht
TERMINE
und Verabstaltungen
VIER TÜRKISCHE VERBÄNDE BLIEBEN DRAUSSEN
Kritik an der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes als Grund

SEITE 4
INTEGRATION GELINGT NUR BEI GLEICHBERECHTIGUNG
Kommentar von Nihat Öztürk, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf/Neuss

MASSNAHMENPLAN BESCHLOSSEN

2. Integrationsgipfel im Kanzleramt

Am 12. Juli 2007 wurde auf dem 2. Integrationsgipfel der Nationale Integrationsplan in Anwesenheit von rund 90 Vertretern aus Migrantenselbstorganisationen, Politik, Wirtschaft und Verbänden sowie Religionsgemeinschaften und Nichtregierungsorganisationen verabschiedet. Rund 400 Maßnahmen und Selbstverpflichtungen sollen dazu beitragen, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Das reicht von der Sprachförderung in Kindertagesstätten bis zum Netzwerk Integration, das der Deutsche Fußballbund aufbauen will.

Bei der Verbesserung der Arbeitsmarktchancen greifen eine ganze Reihe von Selbstverpflichtungen ineinander. Die Türkische Gemeinde in Deutschland will ihre angelaufene Kampagne für eine bessere Ausbildungsbeteiligung in der Community verstärken. Es sollen 100 Bildungsbotschafter und -botschafterinnen als Multiplikatoren ernannt werden. Die Wirtschaft will die Betriebe verstärkt für Praktika und Betriebserkundigungen sowie gemeinsame Projekte mit Schulen öffnen. Auch die Gewerkschaften werden dazu beitragen, die Kooperation Schule – Arbeitswelt zu fördern und ihre Kompetenzen beim Aufbau kommunaler Netzwerke für Bildung, Integration und berufliche Perspektiven einbringen. Daneben wollen sie zu einer verstärkten interkulturellen Bildung beitragen.

Der Nationale Integrationsplan kann heruntergeladen werden unter:
www.migration-online.de/integrationsplan

FAZIT: PARTIZIPATION STATT AUSGRENZUNG

Annelie Buntenbach zum Integrationsgipfel

Auf den Widerspruch zwischen den Zielen des Integrationsgipfels und den kurz zuvor beschlossenen Verschärfungen im Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht machte DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, die für den DGB an dem Gipfel teilnahm, aufmerksam.

„Die Arbeit in der Integrations-Arbeitsgruppe war sachlich und kompetent. Jetzt geht es darum, die Ergebnisse praktisch umzusetzen", so Buntenbach. „Dazu passen jedoch nicht die jüngsten Gesetzesänderungen: Die Verschärfungen beim Familiennachzug, der Kurswechsel in der Integrationsförderung und die Abschaffung der erleichterten Einbürgerung junger Erwachsener sind für die Integration eine schwere Belastung und stehen im eklatanten Widerspruch zu den Zielen des Integrationsplans!"

Die Grundlage aller Integrationsbemühungen sei Vertrauen – doch das werde bei den Migrantinnen und Migranten schon dadurch verspielt, dass Lehrerinnen und Lehrer künftig dazu verpflichtet werden sollen, Informationen über Sprachkenntnisse der Eltern ihrer Schüler an die Ausländerbehörden weiterzugeben.

„Für die Gewerkschaften ist eine nachhaltige Integrationspolitik unmittelbar verbunden mit Partizipation und Chancengleichheit – besonders mit Blick auf Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Und es gibt noch viel zu tun, um Vorurteile und strukturelle Benachteiligungen abzubauen."

So sei es nicht hinnehmbar, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund trotz gleicher Schulerfolge geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Um ihnen einen guten Start ins Arbeitsleben zu ermöglichen, müssen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Politik gemeinsam dafür sorgen, dass die Kompetenzen von Migrantenjugendlichen besser gefördert und von den Unternehmen anerkannt werden.

„Wenn wir es ernst meinen mit dem Integrationsplan", so das DGB Vorstandsmitglied, „dann sind restriktive Gesetze Gift. Es gilt jetzt vielmehr, Diskriminierungen und rechtsextremen Einstellungen Einhalt zu gebieten – insofern ist Integration nicht nur eine Sache der Politik und einzelner Verbände, sondern der gesamten Gesellschaft."

ZAHLENWERK

Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus

Mit dem Mikrozensus 2005 hat das statistische Bundesamt erstmals eine statistische Definition von Migrationshintergrund vorgelegt und Daten entsprechend ausgewertet. Im Wesentlichen handelt es sich um Menschen, die im Ausland geboren wurden und nach Deutschland gekommen sind und Menschen, die in Deutschland geboren sind und zumindest ein Elternteil ausländischer Herkunft ist, was sich nicht an der Staatsangehörigkeit festmacht.

Inzwischen wurden sehr ausgefeilte Kategorien ausgearbeitet. Das hat zur Folge, dass einige Menschen mit Migrationshintergrund nicht genau zugeordnet werden können. Beispiel: Das Kind eines Ehepaares, bei dem ein Partner in Deutschland geboren wurde und der andere zugewandert ist, kann keiner Generation zugeordnet werden. Das führt dann zu der Kategorie „Migrationshintergrund nicht durchgängig bestimmbar", was in der Statistik normalerweise „sonstiges" heißt.

Die Menschen, bei denen der Migrationshintergrund klar bestimmbar ist bilden die Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne". „Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne". umfasst jene „im engeren" Sinne plus jene, deren „Migrationshintergrund nicht durchgängig bestimmbar" ist.

in 1.000 (2005)

		Doppelstaatler	
	insgesamt	absolut	Anteil
Personen insgesamt	82.465,3	1.263,0	(1,5 %)
Personen ohne Migrationshintergrund	67.132,4	84,1	(0,1 %)
Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn	15.114,1	1.179,1	(7,7 %)
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	14.784,8	1.121,1	(7,6 %)
darunter derzeitige frühere Staatsangehörigkeit			
Türkei	2.397,4	42,3	(1,8%)
Russische Föderation	1.912,4	135,4	(13,4 %)
Polen	763,4	95,3	(12,5 %)
Italien	670,5	18,8	(2,8 %)
Serbien und Montenegro	397,4	12,6	(3,2 %)

Der Bericht „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit" kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/bevoelkerung_und_erwerbstaetigkeit

Interessierte können sich im Anhang über exakte Definitionen des Begriffs Migrationshintergrund informieren.

Daten: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005. (Fachserie 1 Reihe 2.2) Korrigierte Fassung vom 05.06.2007.

BAMF ZUM THEMA INTEGRATION

Neue Internetseite des BAMF

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat eine neue Internetseite eingerichtet, die in deutscher und englischer Sprache zum Thema Integration informiert. Zuwanderer, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure der Integrationsarbeit finden hier inhaltliche Informationen aber auch Kontaktstellen und Ansprechpartner. Dieser Teil richtet sich an Interessierte.

Konkret können Nutzer sich darüber informieren, was ein Integrationskurs ist und welche Projekte mit welchen Zielstellungen durchgeführt werden. Ein anderer Bereich richtet sich eher an Expertinnen und Experten: „Akteure der Integrationsarbeit." Hier werden Fachinformationen und Hintergrundmaterialien angeboten. Auch die unterschiedlichsten Formulare können heruntergeladen werden. Und natürlich richtet sich ein Bereich auch an Zuwanderer selbst. Dort gibt es Hinweise für den Alltag – künftig auch auf Russisch und Türkisch. Wichtig schließlich noch: ein Integrationslexikon, das viele Fachbegriffe erläutert.

Die Adresse des BAMF lautet:

www.integration-in-deutschland.de

GEGEN WIDERSPRÜCHLICHES HANDELN

Verbände protestieren beim Integrationsgipfel

Ein Aktionsbündnis aus DGB, Türkischer Gemeinde in Deutschland, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Interkultureller Rat in Deutschland und Pro Asyl hat die gesetzliche Verschlechterung des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts massiv kritisiert.

Einwanderer müssten als ebenbürtige und gleichberechtigte Partner akzeptiert werden. Integration dürfe nicht weiter durch rechtliche Ungleichheit gehemmt werden, lautet eine zentrale Forderung.

In einem Flyer, der zum Integrationsgipfel vor dem Bundeskanzleramt verteilt wurde heißt es: „Zivilgesellschaftliche Verbände, Migrantenselbstorganisationen und Gewerkschaften haben in den letzten 12 Monaten ihre Kompetenzen und Vorstellungen in die vorbereitenden Arbeitsgruppen eingebracht. Diese haben Eingang in den Nationalen Integrationsplan gefunden.

Zeitgleich hat die Große Koalition über Änderungen des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrechts beraten. Das ‚Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union' wurde – trotz massiver Kritik – am 14. Juni vom Bundestag verabschiedet. Neben der teilweise restriktiven Umsetzung der Richtlinienvorgaben enthält das Gesetz eine Reihe von Verschärfungen im Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht."

Der Flyer schildert an fünf konkreten Fällen die Folgen der Gesetzesänderungen, etwa der Meldepflicht öffentlicher Stellen, die eine „Integrationsbedürftigkeit" feststellen. Oder: Jungen Erwachsenen, die in Deutschland aufgewachsen sind und die Schule erfolgreich abgeschlossen haben, kann die Einbürgerung versagt werden, wenn sie keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz vorweisen können. Angesichts der nach wie vor schlechten Situation bei Ausbildungsplätzen mache diese Verschärfung wohl kaum Mut, sich weiter um eine Lehre zu bemühen.

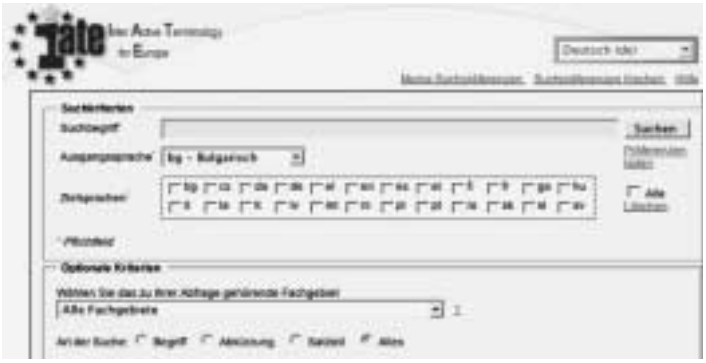
Ein weiteres Beispiel auf die Verschärfungen beim Ehegattennachzug, etwa durch die Notwendigkeit von Sprachkenntnissen oder die Aufhebung des Rechtsanspruchs auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis unabhängig von der finanziellen Lebenssituation. Dies verstoße gegen den Schutz von Ehe und Familie.

Der Flyer kann heruntergeladen werden unter:

www.migration-online.de/flyer_partizipation

8,7 MILLIONEN VIELSPRACHIGE EINTRÄGE

Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie



Am 28. Juni 2007 wurde eine zentrale Datenbank für die gesamte EU-bezogene Terminologie in den Amtssprachen der Gemeinschaft zugänglich gemacht. Die „InterActive Terminology for Europe" (IATE) enthält 8,7 Millionen terminologische Einträge. Die Datenbank wird von den Übersetzungsdiensten der EU bereits seit 2005 genutzt. Jetzt steht sie allen zur Verfügung, nicht nur Sprachfachleuten oder Übersetzern, sondern auch den Parlamenten und Verwaltungen und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern. Wer also wissen möchte, was zum Beispiel Grünbuch auf Englisch oder Spanisch heißt kann den Begriff eingeben und erhält die Übersetzung. Und man kann sich per Mausklick erklären lassen, was eigentlich ein Gründbuch ist.

Informationen zur IATE-Datenbank:
http://iate.europa.eu

DER BLICK VON DRAUSSEN

Die Neue Zürcher Zeitung zum Ehegattennachzug

„Fraglich ist allerdings, ob die Novelle ihren angegebenen Zweck erfüllt. Offiziell wird sie damit begründet, dass die bei Migranten aus Anatolien verbreiteten arrangierten Ehen erschwert werden sollen. Eine junge Frau, die sich in eine Zwangsehe fügt, wird allerdings wohl auch einen erzwungenen Deutschkurs über sich ergehen lassen. Stünde die Hilfe für die Opfer arrangierter Ehen im Vordergrund, wäre auch ein besserer Schutz vor Abschiebung nach einer Scheidung denkbar. In Wahrheit geht es bei der Neuregelung wohl weniger um die Zwangsheiraten als um den Versuch, die Praxis einzudämmen, wonach sich auch Migranten der zweiten oder dritten Generation ihre Ehepartner in der alten Heimat aussuchen."
NZZ 13-07-07

BLICK NACH VORN

Sebastian Edathy für kommunales Wahlrecht

Das Verhalten der Verbände (die den Integrationsgipfel boykottiert haben – d. Red.) ist Ausdruck einer ernst zu nehmenden Enttäuschung. Es ist nicht unberechtigt, wenn sie darauf hinweisen, dass ein Widerspruch zwischen der Einladung der Kanzlerin zum Dialog und der Verschärfung ausländerrechtlicher Bestimmungen besteht, die Innenminister Schäuble durchgesetzt hat. Künftig muss gelten, dass auch bei beabsichtigten Änderungen in der Gesetzgebung wir Politiker die Vertreter der Migrantenorganisationen stärker einbeziehen und deren Kritik ernster nehmen müssen.

Der Integrationsgipfel muss mehr bieten als interessante Fernsehbilder. Erste Schritte wurden gemacht. Weitere müssen folgen. Es ist unabdingbar, dass wir die politische Teilhabe von Migranten durch ein kommunales Wahlrecht für lange in Deutschland lebende Ausländer verbessern. Nötig ist zudem eine Einbürgerungskampagne. Wir sollten Menschen, die einen Einbürgerungsanspruch haben, dazu bewegen, nicht nur Staatsbewohner zu sein, sondern Staatsangehörige zu werden.

Aus einem Interview mit dem Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages, Sebastian Edathy (SPD) in der Berliner Zeitung vom 13. Juli 2007.

VIER TÜRKISCHE VERBÄNDE BLIEBEN DRAUSSEN

Kritik an der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes als Grund

Vier türkische Migrantenselbstorganisationen haben ihre Teilnahme am Integrationsgipfel abgesagt. Als Grund werden Diskriminierungen im Zuwanderungsgesetz genannt. Im Einzelnen sind das die Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED), der Rat Türkeistämmiger Staatsbürger (RTS), die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB).

Kritisiert werden vor allem die Regelungen beim Ehegattennachzug und dabei insbesondere die Anforderung, bereits vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. Dies gelte nicht für Länder, mit denen Deutschland über gute wirtschaftliche Beziehungen verfüge, wie die USA, Kanada oder Japan. Zudem müssen ausreichende finanzielle Mittel nachgewiesen werden und es ist zumutbar im Herkunftsland des Ehegatten zu leben. Dass hier der grundgesetzlich verankerte Schutz von Ehe und Familie gefährdet werde, sehen auch andere Organisationen so (siehe den Beitrag „Partizipation statt Ausgrenzung"). Auch der Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beim Integrationsgipfel, Stephan Reimers, argumentiert ähnlich: „Dieser Schutz muss grundsätzlich für alle Menschen gleichermaßen gelten, auch für solche mit Migrationshintergrund."

TERMINE

und Veranstaltungen

Chancen für an- und ungelernte Migranten und Migrantinnen: Arbeitsmarktprognosen und Qualifizierungsgeschäfte
Seminar: 20.08.2007, Bielefeld
www.migration-online.de/sem_arbeitsmarktprognosen

Türkei: Kultur- und Länderkunde
Seminar: 02.–07.09.2007
Starnberger See
www.migration-online.de/sem_tuerkei

Informationen zum aktuellen Staatsbürgerschaftsrecht
Seminar: 09.–14.09.2007
Hamburg-Sasel
www.migration-online.de/seminar_stabue

Informationen unter den angegebenen Internetadressen oder unter:
www.migration-online.de
oder Telefon 02 11/43 01-1 41

FORUM MIGRATION 8

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 50848

INTEGRATION GELINGT NUR BEI GLEICHBERECHTIGUNG

KOMMENTAR

Nihat Öztürk,
Erster Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf/Neuss

Begleitet von Protesten der vier größten türkischen Migrantenverbände fand am 12. Juli der Zweite Integrationsgipfel unter Leitung der Bundeskanzlerin Merkel statt. Die Zukunft wird zeigen, ob der Gipfel eine bloße Showveranstaltung war oder ob tatsächlich Bund, Länder, Kommunen sowie Wirtschafts- und Sozialverbände ihre Selbstverpflichtungen einlösen werden. In einem Jahr wird Zwischenbilanz gezogen. Gut ist, dass auch die Konservativen endlich begriffen haben, dass die Einwanderung von Millionen Menschen in die Bundesrepublik kein Provisorium ist. Gut ist, dass die schwarz-rote Bundesregierung unter Angela Merkel die Integration als eine wichtige gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe angenommen hat. Gut ist auch, dass die richtigen Themen – Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt – im Fokus der Integrationsarbeit stehen sollen. Spät – vielleicht zu spät? – wurde verstanden, dass die Integration eine Herausforderung ist, der sich Bund, Länder, Kommunen und alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen stellen müssen. Einschließlich der Migrantenselbstorganisationen.

Schnelles und wirksames Handeln tut heute not, wenn man eine Marginalisierung und Verarmung von Migrantenfamilien verhindern will. Die drohende Verfestigung einer „städtischen Unterschicht" ist eine gefährliche Entwicklung, da sie auch an ethnischen Linien festzumachen ist und somit der Ethnisierung und Selbstethnisierung sozialer Fragen ein Ventil eröffnet. Die Gefahr der Marginalisierung ist deutlich daran erkennbar, dass der Aufschwung an den Migranten völlig vorbeigeht. Die Arbeitslosigkeit unter Migranten ist extrem hoch. Noch dramatischer ist die Lage der wenig qualifizierten oder gehandikapten Migranten, die von Dauerarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind. Viele werden immer mehr in unsichere, prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt, die zudem gering entlohnt werden.

Noch dringender ist der Handlungsbedarf bei den Enkeln der ersten Migrantengeneration. Seit Mitte der 90er-Jahre verzeichnen wir einen Rückgang der Ausbildungszahlen unter dieser Gruppe. Freilich, die desolate schulische Bildung mancher Migrantenkinder führt schnell dazu, dass sie bei Einstellungstests scheitern oder schon vorher ausselektiert werden. Doch diesen jungen Menschen oder ihren Eltern alleine die Schuld für ihre Misere zuzuschieben, ist billig. Die Bundesregierung und andere Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sollten die Kritik der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ernst und das dreigliedrige deutsche Schulsystem kritisch unter die Lupe nehmen.

Die OECD kritisierte kürzlich die Beschäftigungschancen von Migranten in Deutschland und stellte fest, dass nicht nur Sprachbarrieren und schlechte schulische Leistungen die Ursachen für die geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt seien, sondern auch die Diskriminierung. Weiter stellt die OECD fest, dass Migranten und ihre Kinder selbst bei gleicher oder besserer Bildung bei der Verteilung von Beschäftigungschancen (und somit auch Lebenschancen) schlechter abschneiden als die übrige Bevölkerung. Auch das Schulsystem produziert systematisch Ungleichheit. Politiker, die sich permanent über „Parallelgesellschaften" beklagen, sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass das deutsche Schulsystem selbst „Parallelgesellschaften" produziert – und das sehr früh. Die Politik sollte aufhören, über die „Parallelgesellschaften" zu lamentieren, solange sie an dem dreigliedrigen Schulsystem festhält, das aus der „alten" Klassengesellschaft stammt und den Bildungsanforderungen einer modernen Gesellschaft in einer zunehmend globalisierten Welt nicht mehr genügt.

Und schließlich sollte die Bundesregierung die Kritik der türkischen Migrantenverbände ernst nehmen. Mag sein, dass ihr „Ultimatum" an die Bundesregierung und ihr Boykott des Integrationsgipfels unklug waren. In der Sache haben sie mit ihrer Kritik an die Bundesregierung recht. Es ist nicht integrationsfördernd, wenn der Bundesinnenminister Zuwanderung und Integration fast ausschließlich aus Blickwinkel der Inneren Sicherheit betrachtet. Es ist nicht integrationsfördernd, wenn die Bundesregierung – trotz Bedenken der Migrantenverbände, des DGB und vieler Juristen – kurz vor dem Integrationsgipfel das Zuwanderungs- und Staatsbürgerschaftsgesetz verschärft. Und schließlich ist es völlig unakzeptabel, dass die Bundesregierung Ungleichbehandlung und ethnische Diskriminierung in einem Gesetz festschreibt – ein klarer Verstoß gegen das Grundgesetz. Ich hoffe, dass diese diskriminierenden Regelungen vom Bundesverfassungsgericht oder von der EU einkassiert werden.

Denn: Integration gelingt nur bei Gleichbehandlung und Gleichberechtigung!

Der Text wurde für die Printausgabe gekürzt. Den gesamten Kommentar können Sie nachlesen auf:
www.migration-online.de/kom_Oeztuerk

GEFÖRDERT DURCH

DGB

Bundesministerium des Innern

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

IMPRESSUM

HERAUSGEBER
DGB Bildungswerk
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
VERANTWORTLICH
für den Inhalt: Leo Monz
KOORDINATION
Michaela Dälken
REDAKTION
Bernd Mansel
(Medienbüro Arbeitswelt), Berlin
LAYOUT
Gitte Becker
DTP/REINZEICHNUNG
Gerd Spliethoff
FOTOS
photocase
DRUCK UND VERTRIEB
Setzkasten GmbH, Düsseldorf
ERSCHEINUNGSWEISE
Monatlich
BESTELLADRESSE
SETZKASTEN GMBH
Produktion, Verlag, Werbung
Kreuzbergstraße 56
40489 Düsseldorf
Telefax 02 11/4 08 00 90-40
E-Mail mail@setzkasten.de
ZUSCHRIFTEN/KONTAKT
DGB Bildungswerk
Bereich Migration & Qualifizierung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de